

Information gemäß Artikel 12 bis 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

Vorwort

Mit diesen Datenschutzhinweisen informieren wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch

uns sowie über die Ihnen zustehenden Rechte.

1. Wer ist verantwortlich für den Datenschutz?

Stadt Kaiserslautern
Referat Recht und Ordnung

Willy-Brandt-Platz 1
67657 Kaiserslautern

Telefon: +49 631 365-1300
E-Mail: waffenbehoerde
@kaiserslautern.de

2. Wie erreichen Sie unseren Datenschutzbeauftragten?

Bei Fragen zum Datenschutz können Sie sich an unseren Datenschutzbeauftragten wenden

Datenschutzbeauftragter
Willy-Brandt-Platz 1
67657 Kaiserslautern
Telefon: +49 631 365-2342
E-Mail: datenschutz@kaiserslautern.de

3. Für welche Zwecke verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten und auf welchen Rechtsgrundlagen?

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt aufgrund einer gesetzlichen Verpflichtung (Art. 6 Abs.1 c (DSGVO) und verfolgt folgende Zwecke:

a) Zuverlässigkeitsüberprüfung

Die Waffenbehörde ist verpflichtet, vor Erteilung einer waffenrechtlichen Erlaubnis anhand der persönlichen Daten eine Zuverlässigkeitsüberprüfung durchzuführen (§ 4 Abs. 1 Nr. 2 i.V.m.§ 5 WaffG). Ferner ist sie verpflichtet, die Zuverlässigkeit eines Erlaubnisinhabers in regelmäßigen Abständen, mindestens jedoch nach Ablauf von drei Jahren, erneut zu überprüfen (§ 4 Abs.3 WaffG)

b) Überwachung des Waffenbesitzes

Die personenbezogenen Daten dienen dazu, den Besitzer einer erlaubnispflichtigen Waffe zu ermitteln und seine Berechtigung zum Besitz und Führen einer Waffe zu überprüfen. Sie dienen ferner zur Überwachung der Einhaltung von waffenrechtlichen Vorschriften (z.B. Aufbewahrung)

4. An wen geben wir die Daten weiter?

Im Rahmen der Zuverlässigkeitsüberprüfung werden die Daten an folgende Stellen weitergegeben:

1. Bundesamt für Justiz
2. Staatsanwaltschaft
3. Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz
4. Landesverfassungsschutz Rheinland-Pfalz

Im Rahmen von strafrechtlichen Ermittlungsverfahren werden die Daten auf Anfrage an die Polizei übermittelt.

Die personenbezogenen Daten werden im nationalen Waffenregister gespeichert, das u.a. von anderen Waffenbehörden und der Polizei, gemäß den datenschutzrechtlichen Bestimmungen im Waffengesetz, eingesehen werden kann.

5. Welche Kategorien von personenbezogenen Daten verarbeiten wir und aus welchen Quellen stammen sie?

Neben den personenbezogenen Daten, die wir direkt bei Ihnen erheben, verarbeiten wir zudem Datenkategorien aus folgenden Quellen:

1. Bundesamt für Justiz

Daten zu strafrechtlichen Verurteilungen

2. Staatsanwaltschaft

Daten zu laufenden und abgeschlossenen strafrechtlichen Ermittlungsverfahren

3. Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz

Daten zu laufenden und abgeschlossenen

strafrechtlichen Ermittlungsverfahren sowie sonstigen polizeilichen Erkenntnissen (z.B. Drogenkonsument, Hinweise auf gewalttätiges Verhalten; psychische Auffälligkeiten, usw);

4. Landesverfassungsschutz Rheinland-Pfalz

Erkenntnisse über Mitgliedschaft in verbotenen Organisationen, Hinweise auf verfassungsfeindliche Gesinnung u.ä.

6. Wie lange speichern wir Ihre Daten?

20 Jahre nach Erlöschen der waffenrechtlichen Erlaubnis (§ 44a - Waffengesetz)

7. Folgen bei Nichtbereitstellung der personenbezogenen Daten durch Sie?

Bei einer Nichtbereitstellung der Daten kann der Antrag nicht bearbeitet und

Ihnen keine waffenrechtliche Erlaubnis erteilt werden.

8. Welche Rechte haben Sie?

Sie haben das Recht **Auskunft** zu verlangen, welche personenbezogenen Daten bei uns über Sie verarbeitet werden (Art. 15 DS-GVO). Soweit die betref-

fenden Daten unrichtig oder unvollständig sind, können Sie deren **Berichtigung** verlangen (Art. 16 DS-GVO). Sie haben ein Recht auf **Löschung**, soweit

bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind (Art. 17 DS-GVO). Sie können weiterhin unter bestimmten Voraussetzungen verlangen, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten **eingeschränkt** wird (z.B. dann, wenn Sie die Richtigkeit Ihrer Daten bestreiten und eine diesbezügliche Klärung nicht möglich ist) (Art. 18 DS-GVO). Sie können aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation

ergeben, gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einlegen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht, das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient (Art. 21 DS-GVO).

9. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim **Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz**,

wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.